

Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreis Warendorf
Dr. Klaus P. Strautmann

Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2008

Warendorf, 12.12.08

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenngleich bereits die wesentlichen Dinge gesagt sind, möchte ich doch noch einmal kurz zum Haushalt aus Sicht der FDP und aus Sicht unserer Fraktion Stellung nehmen.

Zunächst einmal möchten wir das Thema Nachhaltigkeit betonen. Dieser Haushalt versprüht das Maß an Nachhaltigkeit, das wir immer wieder eingefordert haben. Wir als FDP-Fraktion werden nicht müde, den Schuldenabbau zu fordern. Auch wenn das, Herr Landrat, nicht unbedingt sexy ist, wie Sie uns einmal erläutert haben, so sind wir sehr froh, dass über den Zeitraum der vergangenen drei Jahre die Schulden des Kreises von 37,3 auf nunmehr 32,8 Mio. per Haushaltsansatz 2009 abgebaut worden sein werden. Das ist eine Reduktion von 12 % und das ist gut so. Daneben haben wir, gerade im vergangenen Jahr, eine deutliche Liquiditätsverbesserung erfahren. Das spricht für solide Finanzpolitik. Und dass das Ganze zu keiner übermäßigen Belastung der Städte und Gemeinden geführt hat, heißt, dass der Haushalt auch gemeindeverträglich ist. Insofern ist die weitere Reduktion der Schulden um 1 Mio. im neuen Haushaltsplan nur konsequent und folgerichtig und entspricht der Politik der Nachhaltigkeit.

Daneben merken wir allerdings sehr kritisch an, dass die Investitionen in den Straßenbau leider um 600.000 Euro zurückgefahren werden mussten. Gerade im kommenden Jahr, wo wir doch eine erhebliche Rezession erwarten und die Aussichten alles andere als erfreulich sind, könnten wir und unsere Unternehmen jeden Cent an Investition gut vertragen. Wir möchten an dieser Stelle klar und deutlich betonen, dass wir diesen Schritt nur mitgegangen sind, um Gemeinsamkeit im Kreistag zu zeigen und dem Begehren der Bürgermeister zu begegnen.

Und da sind wir auch schon beim nächsten Punkt, der zu diesem Haushalt angemerkt werden muss. Wir haben heute bereits ein hohes Maß an Kritik am Verhalten der Bürgermeister gehört. Diese haben mit ständigem Blick auf die Entwicklung der Kreisumlage in der Tat in diesem Jahr einen Druck erzeugt, wie wir ihn alle so noch nicht erfahren haben. Auf der anderen Seite müssen wir auch einmal erklären, dass derartige Druck nicht immer nur schlecht ist. Dieser Druck hat dazu geführt, dass wir klar und deutlich Standpunkte bestimmen können. Auch wir als Kreistagsfraktion mussten Standpunkte gegenüber unseren Ortsverbänden beziehen. Und diese klare und deutliche Definition von Standpunkten hat uns jedenfalls vor Augen geführt, dass wir als Kreistagsfraktion wenn es darauf ankommt an der Seite des Kreises stehen. Das ist unsere Aufgabe und dafür sind wir gewählt worden.

Also, wir haben hierüber schon viel gehört heute und ich möchte das auch nicht weiter überstrapazieren, aber eine solche Standpunktbestimmung wird uns auch in den Auseinandersetzungen der kommenden Jahre helfen.

Ich möchte allerdings an dieser Stelle auch einmal die Diskussion aus einer anderen Perspektive betrachten. Der Diskussionsstil der vergangenen Monate enthält mehr konfrontative Agitation als kooperatives Miteinander und vielleicht waren die Bürgermeister tatsächlich wenig zu verwöhnt, dass sie geglaubt haben, zukünftig ließe sich die Kreisumlage jährlich um 4 % senken. Dass das nicht der Fall ist, hat geschmerzt und gerade im Vorwahljahr müssen solche Argumente ins Feld gebracht werden. Nun werden wir aber heute unseren Haushalt verabschieden und die Diskussion der vergangenen Monate hinter uns lassen. Nach unserem Dafürhalten sollten wir sie auch möglichst schnell vergessen. Wir müssen wieder zu einem kooperativen Miteinander zwischen Bürgermeistern und Kreis zurückkommen. Uns helfen keine Petitionen, die in irgendwelchen Stadträten verabschiedet werden und uns hilft auch nicht, dass wir uns seitens des Kreises drohend gegen die Bürgermeister stellen.

Herr Landrat, Sie haben die Diskussionen bisher sehr erfolgreich geführt. Machen Sie das weiter so! Versuchen Sie, die kooperative Atmosphäre zwischen Ihnen und den Bürgermeistern zu halten. Und auch die Bürgermeister sollten die Adventszeit nutzen, um einmal Ihr Verhalten zu reflektieren und wieder zur Gemeinsamkeit zurückzufinden. Wenn wir die Auseinandersetzungen zwischen Kreis und Städten sowie Gemeinden auf die Art und Weise fort führen, wie in den vergangenen Monaten, dann brauchen wir nicht über gemeinsame Entwicklungskonzepte oder ähnliches reden. Dann würden wir einen Diskussionsstillstand erhalten. Insofern wünschen wir uns, dass wir hier keine Fronten etablieren.

Das Thema Personalkosten. Und da möchte ich nicht an der Argumentation der Bürgermeister anknüpfen. Natürlich kann man aktuell augenscheinlich ein wenig Kritik anbringen. Auch bei uns hat es den Satz gegeben, dass die Ausweitung der Arbeitszeit um 20 Min. pro Tag von Dr. Kirsch genutzt worden wäre, um weiteres Personal abzubauen. Aber wir sollten an dieser Stelle die Kirche im Dorf lassen und auch mal die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung anerkennen. Solche Aussprüche vom Fraktionsvorsitzenden der FDP sind selten, aber wenn wir die Ergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt zugrunde legen, dann haben wir doch bestätigt bekommen, dass der Kreis in einem guten Zustand ist und auch die Verwaltung äußerst effizient arbeitet. Das möchten wir auch einmal bemerken.

Außerdem haben wir auch politisch entschieden. Wir haben als Kreis bestimmte Aufgaben kreiert und uns dahinter gestellt. Ob es um die Integration von Ausländern geht, ob es um das regionale Bildungsbüro, die Fleischbeschau oder die Bildungsplanung geht, so haben wir politisch entschieden. Dass damit auch Personalkosten entstehen war folgerichtig und dazu müssen wir hinterher auch stehen.

Bei der FDP-Fraktion sind wir natürlich besonders froh darüber, was sich im Bereich der Bildungs- und Jugendarbeit tut. Ob wir an das Konzept der Angebotsentwicklung für frühe Hilfen bei jungen Familien oder auch, ob wir an die Familienzentren denken. Wir können uns vollständig hinter diese Entscheidungen stellen. Der Ausbau der Erziehungsberatung in den Familienzentren ist gut so. Das sind präventive Maßnahmen und die benötigen wir. Der Zuschussbedarf für Tageseinrichtungen aus dem Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) ist um knapp 12 % gestiegen. Und auch das ist folgerichtig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gerade hier im ländlichen Raum ein besonderes Anliegen sein, aber darauf ist schon genügend hingewiesen worden.

Wie Sie wissen, haben wir in den vergangenen Jahren auch immer mehr auf das Thema des Älterwerdens hingewiesen und auch zu einem Thema der FDP gemacht. Insofern sind wir zunächst mit Offenheit dem Antrag für das Hospiz in Ahlen begegnet. Hier werden vorwiegend ältere Patienten

behandelt und wir sind uns sehr wohl darüber im Klaren, dass die Forderungen des Kinderhospizes im nächsten Jahr auch auf uns zukommen werden. Ich weise allerdings an dieser Stelle daraufhin, dass die Bedarfslage da zunächst geklärt werden muss.

Aber zurück zu Ahlen: Uns wäre die Zustimmung zum Antrag erheblich leichter gefallen, wenn man dort nicht bereits mit dem Bau begonnen hätte. Dennoch halten wir es für richtig, den Menschen die sterben müssen, und denjenigen, die diese Menschen begleiten, eine vernünftige Struktur an die Hand zu geben.

Besonders freuen wir uns aber, dass im Bereich der Altenpflege der Qualitätsbericht einen so hohen Stellenwert erhalten hat. Wir haben uns selbst vor Ort ein Bild gemacht und sind zu dem Eindruck gekommen, dass dieser Bericht eine Art Qualitätswettbewerb der Altenheime untereinander hervorruft. Wettbewerb hat bisher den Standard erhöht, und wenn der Qualitätsstandard bei den Altenheimen im Kreis Warendorf erhöht wird, dann ist das gut so. Im kommenden Jahr werden wir den Qualitätsbericht sogar teilweise öffentlich erhalten. Das wird den Wettbewerb weiter anheizen. Ein hohes Qualitätsniveau im Bereich der Altenpflege muss ein Merkmal des Kreises Warendorf sein. Man muss in diesem Kreis in Würde alt werden können.

Dass aus diesem Haushalt auch die Verbraucherzentrale eine Unterstützung erhält, halten wir ebenso für besonders betonenswert. Wenn wir uns dafür eingesetzt haben, dass die Unterstützung der Verbraucherzentrale zunächst nur auf drei Jahre befristet bleibt, dann nicht etwa, weil wir in drei Jahren die gesamte Aktion in Frage stellen wollen. Uns ist daran gelegen, dass die Leistungen der Verbraucherzentrale kreisweit ausgedehnt werden und das sollten wir nach zwei Jahren selbstkritisch überprüfen. Die Leistungen der Verbraucherzentrale dürfen nicht nur auf Ahlen und das Umfeld konzentriert bleiben, sondern müssen darüber hinaus jedem Bürger im Kreis Warendorf einfach zugänglich sein. Allerdings benötigen die Bürger beratende Unterstützung nicht nur im Energiebereich, sondern auch im Bereich der Kommunikation. Es ist erschreckend, mit welcher Dreistigkeit die Kommunikationsanbieter Jung und Alt drangsalieren und versuchen, über den Tisch zu ziehen. Insofern findet diese Unterstützung unsere volle Zustimmung.

Bevor ich aus unserer Sicht zum Fazit des Haushalts komme, möchte ich allerdings auf etwas hinweisen, was mich und uns als Fraktion nicht ganz ruhig schlafen lässt. Das, was uns als Haushaltsplanentwurf vorliegt, ist ein Rechenmodell. Dieses hat Dr. Funke mit seinen Mitarbeitern nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Es geht von bestimmten Annahmen aus und diese können sich möglicherweise ändern. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass dieses Mal erhebliche Risiken über dem Haushalt schweben. Natürlich sollten wir die Lage nicht schlechter reden, als sie ist. Und wie wir wissen, besteht die Wirtschaft aus sehr viel Psychologie. Das Jahr 2008 hat uns das so deutlich vor Augen geführt, wie kein Jahr zuvor.

Aber wenn nun Personen, die augenscheinlich viel intelligenter sind zumindest als ich, die einen viel tieferen Einblick in die Wirtschaft haben als wir alle zusammen und die sich mit dieser Kompetenz einen sehr großen Namen gemacht haben, wenn die alle sagen, dass wir auf die schlimmste Krise nach dem Zweiten Weltkrieg zusteuern, dann müssen wir zumindest anhören und wachsam bleiben. Bisher gehen wir nur von 8.050 Bedarfsgemeinschaften aus und wir müssen klar und deutlich feststellen, dass diese Zahl dem Prinzip Hoffnung entspringt. Das kann alles noch deutlich anders kommen und die Belastungen durch die Hilfe für Unterkunft und Heizung können sich erheblich verändern. Die Einnahme-Risiken im Bereich der Kfz-Zulassung und der Baugenehmigungen sehen wir weniger kritisch, aber auch die können sich noch maßgeblich verändern. Allein daraus wird deutlich, wie schnell sich die Annahmen des Haushalts überholen können. Und insofern ist es vielleicht ganz richtig, wenn wir getreu dem westfälischen Motto Ihres Vorgängers, Herr Dr. Gericke, folgen:

Herr Dr. Kirsch hat so gern zitiert: „Vor der Hacke ist es düster“.

Wenn wir das alles im Hinterkopf halten, dann können wir sagen, dass der Haushalt in dieser Form solide und gut aufgestellt ist, dass er ausgewogen ist und dem Kreis eine eigene Basis verschafft, aus der er möglicherweise in Zukunft auch handeln muss.

Mit der Verabschiedung des Jahresabschlusses 2007 haben wir die Eigenkapitalbasis des Kreises gestärkt. Wir müssen uns allerdings folgerichtig darüber im Klaren sein, dass Haushaltsunterdeckungen in Zukunft zu Lasten der Eigenkapitalbasis gehen können. Und das passiert, wenn die Risiken stärker zuschlagen, als im Planentwurf antizipiert.

Insofern müssen wir uns den Umlageaspekt in all seiner Konsequenz noch einmal vor Augen führen. Ich meine auch nicht, dass wir auf irgendwelche Erlasse eingehen müssen. Da helfen uns auch keine Maßgaben aus den Ministerien. Einfach vernünftiges Augenmaß und konsequentes Denken sind gefragt. Wenn wir den von manchen Bürgermeistern so konsequent vorgetragenen Umlageaspekt vollständig folgen würden, meine Damen und Herren, dann dürften wir im Kreis keine Schulden haben und ich wäre sehr gespannt auf die Reaktion der Bürgermeister, wenn wir einfach mit Fälligwerden der Kredite des Kreises diese mit der dann folgenden Kreisumlage umlegen würden. Das Geschrei der Bürgermeister wäre wahrscheinlich entsetzlich. Aber wie gesagt, wir sollten nicht zu intensiv darauf herumreiten. Keine Konfrontation, sondern vernünftige und sachliche Diskussion miteinander, damit wir effizient weiterkommen, sind gefragt.

Wenn ich also als Vorsitzender der FDP-Fraktion ein Fazit ziehe, dann kann ich sagen, dass dieser Haushalt trotz aller Kritik gut, ausgeglichen, nachhaltig und ausgewogen aufgestellt wurde.

Was aber wäre eine Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden, ohne dass er sich zu seinen Lieblingspunkten geäußert hätte. Insofern muss ich Sie noch ein wenig vom Grünkohl fernhalten und auf das Thema RWE, auf das Thema GkW, auf das Thema GfW, und natürlich auf das Thema Privat vor Staat ansprechen.

Im Jahr 2007 haben wir darüber gestritten, ob die Anteile des Kreises Warendorf an der RWE in der Form gehalten werden sollen oder nicht. Diesen Streit haben wir beigelegt, da es für einen Verkauf der Aktien keine Mehrheiten gab. Das wesentliche Argument, welches Sie, Herr Landrat im Rahmen dieser Diskussion ins Feld führten, war der Gesichtspunkt, dass wir strategisch an einer Beteiligung an der RWE festhalten müssen und unsere Position in der Aktionärsversammlung wahrnehmen sollten.

Wir wissen nicht ganz genau, was unsere Position diesbezüglich ist und welche Vorteile wir hier im ländlichen Raum heute daraus gewinnen können. Aber wir wissen, dass zumindest der Wert der Aktie im Rahmen der gesamten Finanzkrise gelitten hat. Solche Verluste sollten ignoriert bleiben und damit können wir auch leben. Aber irgendeinen Vorteil muss es haben? Geringere Strompreise sind es jedenfalls nicht. Also was ist es, was unseren Bürgern einen Vorteil von der Beteiligung an der RWE bringt? Natürlich kann man nun über die sichere Dividende sprechen. Wie sicher diese ist, bleibt aber fraglich. Wie wir alle wissen, wird der Aufsichtsrat – dieser ist allerdings gegenwärtig deutlich zerstritten – von Herrn Dr. Thomas Fischer geleitet. Es sollte uns zu denken geben, dass Herr Fischer Vorsitzender des Vorstandes der West LB war. Und was uns die West LB im vergangenen Jahr gekostet hat, haben wir doch wohl noch leidvoll in Erinnerung.

Also wieder die Frage: Was ist es, was uns strategisch bewegen soll, den Aktienanteil an der RWE zu halten? Ist es die Elektrifizierung des ländlichen Raumes für die wir nach wie vor dankbar sein sollen? Das Geschäftsmodell der RWE baut darauf auf, Strom zu verkaufen und das auch im ländlichen Raum. Und wenn die RWE es nicht tut, dann tut es jemand anderes. So wie wir als Kreis ja auch von jemand

anderem den Strom beziehen. Vielleicht ist es aber auch Vertrauen in den neuen großen Vorstandsvorsitzenden Herrn Grossmann? Die Georgsmarienhütte hat er jedenfalls eindrucksvoll saniert. Dort musste er auch nirgendwo auf politische Ressentiments Rücksicht nehmen. Wie wir der Presse entnehmen können, will er derartige Ressentiments auch bei der RWE nicht zulassen. Hier denke ich an das Atomkraftwerk in Rumänien. Wir haben mit Atomkraftwerken, gebaut nach deutschen Standards weniger Probleme als andere Parteien.

Aber ist es richtig, ein Unternehmen in derartige politische Streitsituationen hineinzuführen? Wir sagen hier klar nein. Für uns gibt es keine strategische Notwendigkeit, die Anteile an der RWE zu halten. Wir sehen das als eine Verpflichtung, die man im Münsterlandverbund eingegangen ist und aus der man sich wohlmöglich nur mit Gesichtsverlusten verabschieden kann. Insofern interpretieren wir das strategische Festhalten mehr als ein Festhalten an Eitelkeiten. Wir werden nicht aufhören, den Finger in diese Wunde zu legen.

Und nun kommen wir zu einem weiteren Lieblingsthema der FDP.

Es geht um die Gesellschaft für Kulturförderung im Kreis Warendorf: Uns wird ja immer vorgeworfen, wir seien kulturfeindlich. Keinesfalls, Frau Festge, sind wir kulturfeindlich. Ganz im Gegenteil! Wir freuen uns, wenn die kulturellen Aktivitäten des Kreises Warendorf aus den Dividenden der RWE-Aktien finanziert werden können. An dieser Stelle werden wir nur von einer Sorge getrieben. Und diese Sorge hat uns bisher niemand genommen.

Wir reflektieren immer wieder auf das Thema Solidität der Finanzen und Nachhaltigkeit in der Finanzierung. Und da, genau an dieser Stelle, haben wir ein Problem. Heute finanzieren wir einen Großteil der kulturellen Aktivitäten aus den Dividenden-Erlösen. Das Ganze findet in einem eigenen Raum der Gesellschaft für Kulturförderung statt. Dieses hat nur einen Haken. Kommen wir in eine Krise, und wir stehen gerade davor, dann fließen auf der einen Seite weniger Dividenden, denn auch der RWE wird es dann nicht mehr so gut gehen. Auf der anderen Seite sprudeln die Steuerquellen dann nicht in altgewohnter Frische. Das heißt, wir bekommen zunächst eine Unterdeckung der Kosten, weil die Dividenden-Erlöse nicht mehr da sind und belasten anschließend einen ohnehin schwachen Haushalt. So ist zunächst einmal das Konstrukt der GkW für den negativen Fall.

Und wenn wir uns nun ansehen, was in den vergangenen Jahren passiert ist, dann müssen wir feststellen, dass die Ausgabenseite im Bereich der GkW ständig gewachsen ist. Wenn wir auf den Budget-Ansatz insbesondere des Heimathauses Münsterland reflektieren, wo die Kosten steigen nach unserem Dafürhalten aber das Leistungsangebot nicht mitgewachsen ist, dann fragen wir uns, wo soll das hinführen. Dass in der Abtei Liesborn dringend Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen, ist uns klar und dem wollen wir uns auch nicht widersetzen. Dennoch müssen wir auf das Risiko dieser Position hinweisen. In der GkW steigen die Kosten bzw. Ausgaben ständig und auf der Einnahmenseite entsteht Unsicherheit. Wenn wir darauf nicht reagieren, erzeugen wir zusätzliche Risiken für diesen Haushalt und das muss uns allen klar sein. Insofern geht auch unser Appell an die Gesellschafterversammlung der GkW, dass sie möglichst schonend mit den Ausgaben für die Zukunft umgehen soll. Dieses ist die Achillesferse, zum Thema Solidität, die wir mit diesem Konstrukt im Haushalt mittragen müssen. Und das sorgt uns.

Natürlich müssen wir auch auf das Thema Gesellschaft für Wirtschaftsförderung zu sprechen kommen und hier möchte ich ganz deutlich betonen, dass wir sehr froh sind, dass es an der Spitze der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung nun eine Änderung gibt. Es ist gut, dass Dr. Grüner eine neue Aufgabe gefunden hat. Warum er sich nun wieder für die Wirtschaftsförderung entschieden hat, mag er selbst für sich beurteilen. Wir wünschen ihm alles Gute. Seine Hand im Kreis Warendorf war zumindest nicht von großem Glück begleitet. Aber die Perspektiven für die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung

sind positiv. Wir zumindest haben einen sehr guten Eindruck von Frau Michalak-Hülsmann bekommen und möchten hier durchaus einmal Vorschusslorbeeren verteilen. Diesem Vorschuss muss sie nun entsprechen. Ein gewisser Druck auf die nicht unerhebliche Kostenposition scheint uns an dieser Stelle angebracht.

Abschließend möchte ich noch einmal auf das Thema „Staat vor Privat“ oder „Privat vor Staat“ zu sprechen kommen.

Zwei Punkte liegen mir dabei auf der Seele: das Thema des neuen Sparkassengesetzes und zweitens unsere Situation bei der WestLB.

Zunächst einmal ist es gerade in der gegenwärtigen Situation vielleicht etwas mutig, wenn sich jemand wieder anschickt und sagt, privat vor Staat. Aber das war unsere Position, das ist unsere Position und das wird sie auch bleiben. Das heißt nicht, dass wir hier ständig im neoliberalen Sinne für schrankenlose und unregelte Märkte sind. Wir sind gegen regulierte Märkte und wir sind gegen Staatseinfluss, aber wir sind nicht gegen vernünftige Regeln. Die Finanzmärkte sind zusammengebrochen, weil solche Regeln eben nicht existierten und hier sicherlich auch der Staat seiner Aufsichtspflicht nicht vollständig nachgekommen ist.

Wir widersprechen aber klar und deutlich der Position, dass wir nun den Eintritt von Privaten in staatliche Organisationen verhindern sollten. Und hier muss man doch einmal ganz klar feststellen, dass mit dem neuen Sparkassengesetz erst einmal die Eigentümerstellungen der Kommunen klar geregelt werden. Die Gemeinwohlorientierung wird festgeschrieben. Mit der Einführung von Trägerkapital wird den Kommunen ein Steuerungsinstrument an die Hand gegeben. Rahmenbedingungen für die Gemeinnützigkeit werden gezogen. Durch die Vereinigung der Sparkassen-Verbände wird eine starke nordrheinwestfälische Dachorganisation geschaffen. Jeder Bürger hat einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto usw. Und mit der Möglichkeit zur Einführung von nicht handelbarem Trägerkapital werden die staatlichen Positionen geradezu festgeschrieben bzw. es wird die Möglichkeit gegeben, diese festzuschreiben. Es gibt also überhaupt keinen Grund, vor überhitzter Privatisierung Angst zu bekommen oder damit Angst machen zu wollen. Wenn man aber vor den privaten Trägern oder privaten Investoren Angst machen will und Angst schüren will, dann will man dem Bürger davor Angst machen, die Chancen eines freiheitlichen Systems zu ergreifen. Das Ergebnis sozialistischen Handelns steht uns doch wohl noch deutlich vor Augen. Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Und damit landen wir nun bei dem Thema West LB. Um es klar und deutlich zu sagen: Wenn die West LB nicht in Staatshand gewesen wäre oder wenn Herr Rüttgers nicht so stur daran festgehalten hätte, eine Landesbank in Düsseldorf zu halten, so wäre möglicherweise der Kelch des Verlustausgleichs, zu dem wir als Kreis einen Beitrag leisten mussten, an uns vorübergegangen. Witzigerweise wer dessen Höhe ziemlich genau in der Höhe dessen, was unsere Bürgermeister uns als eigenkapitalbildend vorenthalten wollten, also in Höhe von 1,7 Mio. Euro - für 2008 allerdings. Ja wenn... Und so viel zum Thema „Staat vor privat“. Wir als Kreis hätten jedenfalls äußerst freudig reagieren können, wenn dieser Kelch an uns vorbeigegangen wäre.

Und nun bin ich wirklich am Ende meiner Rede und bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit. Zuvor muss ich mich allerdings noch bei Herrn Dr. Funke und Herrn Dr. Gericke für die engagierte und offene Auskunftsbereitschaft im Rahmen der Haushaltsberatungen bedanken. Ich möchte mich bei meiner Fraktion bedanken, die auch in diesem Jahr wieder tatkräftig und engagiert gemeinsam diskutiert hat und mit der wir zu einer guten gemeinsamen Position gefunden haben. Ich möchte aber in diesem Jahr ausdrücklich Karl-Wilhelm Hild danken, der sehr engagiert um eine Einigkeit zu diesem Haushalt gekämpft hat.

Wir als FDP-Fraktion werden dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf in der jetzigen Form mit all den aufgeführten Änderungen als komplette Fraktion zustimmen, weil wir ihn wie gesagt für ausgewogen, ausgeglichen, solide und nachhaltig halten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr.Klaus P. Strautmann
(Fraktionsvorsitzender)